



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 1/2

79

Januar/Februar 1977

IN DIESER NUMMER

Seite

Neues aus der ITF

ITF-Ausschuss des Bodenpersonals tagt in London	2
AMNESTY INTERNATIONAL deklariert Jahr der Gewissens- häftlinge	2
Australisches Eisenbahnglück: ITF bekundet Beileid	3
Tschechoslowakei: IBFG unterstützt Kampagne für Bürgerrechte	3

Transport und Verkehr

Britische Gewerkschaft fordert mehr Sicherheit für Fischer	3
--	---

Gewerkschaften

Dänemark: gewerkschaftlicher Zusammenschluss geplant	4
Deutschland: DAG-Betriebsräte treten in OTV ein	4
Britische Schiffsoffiziersgewerkschaft setzt Grundsatz der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit durch	5
Südafrika: Erfolgreiche IBFG-Kampagne in Unterstützung der schwarzen Arbeiter Südafrikas	5

Aus der Welt der Arbeit

Australien: Neue Vereinbarung über vorzeitige Pension- nierung von Hafnarbeitern	6
Neue Heuertarife für dänische Funkoffiziere	6
Deutschland: Erfolgreicher OeTV-Streik gegen SAS	7
Deutsche Reeder erklären Heuertarifverhandlungen für gescheitert	7
Frankreich: Streik bei Seaboard World Airlines	8
Ghana: Wohnungszulage für Schiffsoffiziere	8
Britische Gewerkschaft erzwingt Anerkennung	8
England: Höhere Renten für Hafnarbeiter	8
Bummelstreik des Dubliner Autobuspersonals endet	9
Niederlande: Streikaktion gegen Abschaffung der Tarif- bindung an Lebenshaltungskosten	9
Lohnerhöhung für nigerische Hafnarbeiter	10
Erfolgreicher Streik der portugiesischen Fischer	10
USA: Anhebung von Status und Gehältern der Fluglotsen	11

	<u>Seite</u>
<u>Kurznachrichten</u>	12
<u>Personalien</u>	12
<u>ITF-Tagungen</u>	13

Anhang: Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen nach rhodesischem Muster

NEUES AUS DER ITF

INTERNATIONALES

Ausschuss des Luftfahrt-Bodenpersonals tagt in London

Am 25. Januar 1977 fand in London eine Tagung des Bodenpersonalausschusses der ITF-Sektion Zivilluftfahrt statt, an der 10 Delegierte, 2 Berater und 2 Beobachter teilnahmen.

Die Sitzung befasste sich mit einer gewerkschaftspolitischen Erklärung über Schichtarbeit, die vom Sektionsausschuss an den Ausschuss des Bodenpersonals zurückverwiesen worden war. Nach einer langen Diskussion wurde beschlossen, folgende Forderung in die genannte Erklärung aufzunehmen:

- Angehörige des Bodenpersonals, die regelmässig Nachtschicht arbeiten, sollten Anspruch auf vorzeitige Pensionierung ohne Beeinträchtigung der Rente haben;
- regelmässige Schichtarbeiter, die vom Arbeitgeber gezwungen werden, auf Tagarbeit umzuwechseln, sollten nicht sofort ihre Schichtzulage einbüßen; die Schichtzulagen sollten auf einer gestaffelten Basis reduziert werden.

Ferner wurde beschlossen, der Erklärung eine Fussnote anzufügen, in der klargestellt wird, dass mit Schichtarbeit Arbeit zu ungewöhnlichen Tageszeiten -- also ausserhalb der normalen Tagschicht -- gemeint ist.

Als nächstes diskutierte der Ausschuss Richtlinien über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Luftwege. Ein vom Vorsitzenden des Technischen Ausschusses des Flugdeckpersonals erstellter Erklärungsentwurf wurde nach Vornahme einiger geringfügiger Änderungen gutgeheissen, und es wurde beschlossen, diesem Entwurf Richtlinien über die Handhabung radioaktiver Substanzen durch das Bodenpersonal hinzuzufügen.

Ferner diskutierte der Ausschuss folgende Fragen:

- die bevorstehende Dreigliedrige Luftfahrtskonferenz der IAO;
- die Vertretung der ITF auf Ebene der ICAO; und
- den Arbeitskonflikt zwischen der uns angeschlossenen britischen ASTMS und IRAN AIR.

AMNESTY INTERNATIONAL deklariert Jahr der 'Gewissenshäftlinge'

Die internationale Organisation Amnesty International hat das Jahr 1977 zum 'Jahr der Gewissenshäftlinge' erklärt, um die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Tausende von Menschen zu lenken, die verfolgt, verhaftet, gefoltert und - oft ohne vor Gericht gebracht worden zu sein -- gefangen gehalten werden, weil ihre politischen Ansichten nicht die

gleichen sind, wie die der Regierung ihres Landes.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) unterstützt voll und ganz die Kampagne der Amnesty International und hat die ihm angeschlossenen Organisationen aufgefordert, öffentliche Erklärungen in Unterstützung der Kampagne abzugeben, Unterschriften für eine Bittschrift anlässlich des 'Tages der Menschenrechte' (10. Dezember 1977) zu sammeln, der Gewissenshäftlinge am 1. Mai - dem Internationalen Tag der Arbeit - zu gedenken, Artikel über die Kampagne in ihren Zeitschriften zu veröffentlichen und mit nationalen und lokalen Gruppen der Amnesty International in Unterstützung verhafteter Gewerkschafter zusammenzuarbeiten.

AUSTRALIEN

ITF bekundet Beileid anlässlich des Eisenbahnunglücks von Sydney

Die ITF hat am 18. Januar in einem Telegramm an die Australian Railwaymen's Union ihr aufrichtiges Beileid mit den Hinterbliebenen der Opfer des kürzlichen tragischen Eisenbahnunglücks von Sydney bekundet, in dem infolge der Entgleisung eines Personenzuges bei Granville 14 Meilen westlich von Sydney 80 Menschen ihr Leben verloren.

TSCHECHOSLOWAKEI

IBFG unterstützt Kampagne für Bürgerrechte

Nachdem in der Presse wiederholt Meldungen über Unterdrückungsmassnahmen gegen Personen erschienen waren, die in der Tschechoslowakei im Rahmen einer Kampagne für Bürgerrechte ein Dokument namens 'Charta 77' unterschrieben haben, hat der IBFG seine Mitgliedsorganisationen der Länder, die das Abkommen von Helsinki und das UNO-Abkommen über Bürgerrechte und politische Rechte unterzeichnet haben, aufgefordert, ihre Regierungen zu ersuchen, Druck auf die Regierung der CSSR auszuüben, um sie zu bewegen, ihren Pflichten als Mitunterzeichner der genannten Abkommen nachzukommen. Ausserdem ist der IBFG seinerseits an die IAO herantreten und hat die CSSR der Verletzung des IAO-Uebereinkommens Nr. 111 über Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf beschuldigt. 230 der 241 Personen, die die Charta 77 unterzeichneten, sind entweder verhaftet oder wiederholt von der Polizei verhört worden.

TRANSPORT UND VERKEHR

GROSSBRITANNIEN

Gewerkschaft fordert bessere Sicherheit für Fischer

Die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) hat in einer kürzlichen Erklärung beantragt, dass der Sicherheit der Fischer grössere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Unter anderem will die Gewerkschaft, dass in jedem Fischereihafen Sicherheitsvertreter stationiert werden und sich an Bord eines je-

den Fischereifahrzeuges ein Besatzungsmitglied befinden sollte, das eine umfassende Ausbildung auf dem Gebiet der Ersten Hilfe genossen hat. Ausserdem fordert die Gewerkschaft bessere Arbeitsbedingungen, die Abschaffung der Gelegenheitsarbeit in der Fischerei, eine striktere Ueberwachung der Arbeitszeit und längeren Urlaub für Fischer.

GEWERKSCHAFTEN

DÄNEMARK

Gewerkschaftlicher Zusammenschluss geplant

Es ist wahrscheinlich, dass noch dieses Jahr ein Zusammenschluss zwischen der Dänischen Kraftfahrgewerkschaft (11.000 Mitglieder) und der uns angeschlossenen Dänischen Transportarbeitergewerkschaft (58.000 Mitglieder) erfolgen wird. Ein gemeinsamer Ausschuss der beiden Gewerkschaften hat empfohlen, dass die erstgenannte Organisation in die für Kraftfahrer zuständige Abteilung der Transportarbeitergewerkschaft aufgenommen werden sollte. Diese Empfehlung wird nunmehr der Exekutive der Transportarbeitergewerkschaft unterbreitet werden. Die Kraftfahrgewerkschaft wird die Empfehlung auf ihrem Kongress im August 1977 diskutieren. Zu einem späteren Zeitpunkt soll eine Urabstimmung über den Zusammenschluss stattfinden.

DEUTSCHLAND

DAG-Seebetriebsräte treten in Gewerkschaft OeTV ein

Im Januar dieses Jahres beschloss die überwältigende Mehrheit der Seebetriebsratsmitglieder der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), ihre Mitgliedschaft bei der DAG zu kündigen und in die uns angeschlossene Gewerkschaft OeTV einzutreten. Denselben Schritt vollzog auch der stellvertretende DAG-Bundesberufsgruppenleiter Schiffahrt, Kollege Wolfgang Baars, der als Gewerkschaftssekretär bei der OeTV-Schiffahrt eingestellt wurde.

Die DAG-Seebetriebsräte begründeten ihren Uebertritt zur OeTV damit, dass die DAG es abgelehnt hat, einen gemeinsamen Weg mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und somit auch der OeTV zu finden, sodass sich nicht länger die Möglichkeit bot, zukünftig in der DAG eine konsequente Interessenvertretung der Seeleute durchzusetzen.

Die OeTV begrüsst diesen Schritt der ehemaligen DAG-Seeleutevertreter, weil dadurch jetzt endlich eine einheitliche Interessenvertretung der Kapitäne und Besatzungsmitglieder in der bundesdeutschen Seeschiffahrt gewährleistet zu sein scheint und die OeTV schon immer ihr Vertrauen in die Kraft von Argumenten gesetzt hat, die vom Prinzip der Einheitsgewerkschaft - also vom Grundsatz der ungeteilten Solidarität - bestimmt werden.

GROSSBRITANNIEN

Schiffsoffiziersgewerkschaften setzen obligatorische gewerkschaftliche Zugehörigkeit durch

Die für die Schifffahrt zuständige britische Behörde (National Maritime Board) hat dem Antrag der Britischen Vereinigung der Offiziere in der Handelsmarine und Luftfahrt, der Britischen Gewerkschaft der Funk- und Elektronikoffiziere (beide der ITF angeschlossen) und zwei weiterer nicht angeschlossener Offiziersverbände stattgegeben, dass die gewerkschaftliche Zugehörigkeit der in der Britischen Seeschifffahrt beschäftigten Offiziere obligatorisch sein sollte. Die einzige Ausnahme hiervon sind Offiziere, die beweisen können, dass ihr Nichtbeitritt zur Gewerkschaft religiös bedingt ist, und weitere 64 Offiziere, die ihre Argumente gegen die gewerkschaftliche Zugehörigkeit in ihrer Antwort auf ein von der Schifffahrtsbehörde im April 1975 ausgesandtes Rundschreiben dargelegt hatten.

Bisher beschränkte sich die obligatorische gewerkschaftliche Zugehörigkeit auf Offiziere und Kadetten, die nach April 1971 ihre Laufbahn begannen bzw. wieder aufnahmen.

SÜDAFRIKA

Erfolgreiche koordinierte IBFG-Solidaritätskampagne mit schwarzen Arbeitern Südafrikas

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat den ihm angeschlossenen Organisationen dafür gedankt, dass sie die vom IBFG proklamierte Woche der Solidarität mit den schwarzen Arbeitern Südafrika so tatkräftig unterstützt haben. Alle dem IBFG angehörenden westeuropäischen Gewerkschaftsbünde und zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen in anderen Teilen der Welt leisteten dem Aufruf des IBFG Folge, und die Organisation Afrikanischer Staaten (OAS) forderte die afrikanischen Arbeiter auf, ihre Solidarität mit den unterdrückten Arbeitern Südafrikas zu bekunden. Besonders aktiv waren die der ITF angeschlossenen Transportarbeitergewerkschaften; in mehreren Ländern weigerten sich die Hafnarbeiter, Schiffe mit Fracht für Südafrika abzufertigen; das Luftfahrtbodenpersonal verweigerte die Wartung südafrikanischer Flugzeuge und die Seeleute wurden aufgefordert, während der Protestwoche nicht auf Schiffen mit Bestimmungsort Südafrika anzunustern. Ferner erfolgte ein Boykott gegen südafrikanische Waren, und in mehreren Ländern wurden grosse Protestkundgebungen abgehalten. Die schwarze Arbeiter organisierenden südafrikanischen Gewerkschaften haben ihren Brüdergewerkschaftern für diese Solidaritätsbekundungen gedankt.

AUS DER WELT DER ARBEIT

AUSTRALIEN

Neue Vereinbarung über vorzeitige Pensionierung und Entlassung registrierter Hafendarbeiter

Die der ITF angeschlossene Australische Hafendarbeiterföderation (WWF) hat mit der australischen Regierung und den zuständigen Arbeitgebern eine neue Vereinbarung über den vorzeitigen Rücktritt registrierter Hafendarbeiter und die Zahlung erhöhter Abfindungen an überzählige Hafendarbeiter getroffen.

560 in den Häfen von Newcastle, Sydney, Melbourne und Adelaide beschäftigte Arbeitnehmer, die am 16. Januar 60 Jahre alt oder älter waren, werden gemäss dieser Vereinbarung in den Ruhestand versetzt werden und zusätzlich zu den Entschädigungen aus dem Abfindungsfonds eine Sonderzahlung in Höhe von 70% des Betrages erhalten, den sie verdient hätten, wenn sie bis zum Erreichen des 65. Lebensjahres weitergearbeitet hätten. Die Höhe dieser Sonderzahlung variiert somit zwischen \$116,79 (für einen Hafendarbeiter der eine Woche vor Erreichen des 65. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt wird) und \$30.412 (für einen Hafendarbeiter, dessen obligatorische Pensionierung an seinen 60. Geburtstag erfolgt).

Die bei freiwilliger vorzeitiger Pensionierung zahlbaren Beträge wurden wie folgt erhöht:

<u>für Arbeiter zwischen</u>	<u>erhöht um</u>
55 und 59 Jahren	40%
50 und 54 Jahren	35%
unter 50 Jahren	30% (aber mindestens \$4.500)

DÄNEMARK

Neue Heuertarife für Funkoffiziere

Die rückwirkend ab 1. Oktober 1976 geltenden neuen Heuertarife der auf dänischen Hochseeschiffen beschäftigten Funkoffiziere sind wie folgt: von dkr 5.370 (einschliesslich Lebenshaltungskostenzulage) bis dkr 8.063 je nach Grösse des Schiffes und Dienstalter. Darüberhinaus ist eine Verantwortungszulage zahlbar die zwischen dkr 355 und dkr 485 variiert.

Die Ueberstundentarife variieren von dkr 20,18 bis dkr 30,29 (einschliesslich Teuerungszulage) für Mehrarbeit an Wochentagen und von dkr 26,61 bis dkr 38,45 für Sonn- und Feiertage.

Das Verpflegungsgeld während des Urlaubs, bei Krankheit und Borddienst im Heimathafen beträgt dkr 36,10 pro Tag und bei Borddienst in anderen Häfen als dem Heimathafen (wenn keine Verpflegung an Bord bereitgestellt wird) dkr 88,20 pro Tag.

Ueber die Erhöhung der Heuern der Deck- und Maschinenraumoffiziere wurde in Nr. 11/1976 der ITF-Nachrichten berichtet.

DEUTSCHLAND

Erfolgreicher ÖTV-Streik gegen SAS

Die bei der skandinavischen Fluggesellschaft SAS beschäftigten Mitglieder der uns angeschlossenen deutschen Gewerkschaft OeTV beschlossen am 8. Februar im Rahmen einer Urabstimmung, gegen die SAS in den Streik zu treten, weil sich das Unternehmen weigerte, mit der OeTV Tarifverträge abzuschliessen. Die SAS begründete ihre Haltung damit, dass sie bereits einen Gehaltstarifvertrag mit der DAG habe.

Die ITF wurde von diesem Konflikt in Kenntnis gesetzt und ersuchte die ihr angeschlossenen Gewerkschaften des Luftfahrts-personals, ihre Solidarität mit dem Arbeitskampf der OeTV zu bekunden.

Dank des prompten Reagierens der Schwedischen Transportarbeiter-gewerkschaft konnte der Konflikt erfolgreich beendet werden, und am 21. Februar teilte uns die OeTV telegraphisch mit, dass sich die SAS-Geschäftsleitung schriftlich bereit erklärt hat, mit ihr in Tarifverhandlungen einzusteigen und entsprechende Tarifverträge abzuschliessen.

Reeder erklären Heuertarifverhandlungen für gescheitert

Anfang Februar dieses Jahres endete die fünfte Tarifverhandlungsrunde zwischen der uns angeschlossenen Gewerkschaft OeTV und den deutschen Reederverbänden ohne Ergebnis, da die Reeder es ablehnten, ein verbessertes Angebot zu unterbreiten und somit das Scheitern der freien Verhandlungen erklärten. Das bedeutet, dass nunmehr das Schlichtungsverfahren beginnt.

Bei Abbruch der freien Verhandlungen stand der Forderung der OeTV auf eine Erhöhung der Heuern um 9,5 Prozent (mindestens aber DM 178) das letzte Angebot der Reeder auf Erhöhung um 6,4 Prozent (mindestens aber DM 100 für Bootsmänner und Lagerhalter, Dm 80 für gelernte Dienstgrade und Dm 50 für Ungelernte und Auszubildende gegenüber.

Ueber den Ausgang dieses Tarifstreits werden wir ausführlich in der nächsten Nummer der ITF-Nachrichten berichten.

FRANKREICH

Streik des Personals der Seaboard World Airlines

Die im Dienste der französischen Fluggesellschaft Seaboard World Airlines stehenden Mitglieder der uns angeschlossenen französischen Föderation des Personals der öffentlichen Dienste sind am 1. Februar 1977 in den Streik getreten, um das Unternehmen zu Verhandlungen über Gehälter und die Zahl der zu beschäftigenden Arbeitskräfte zu zwingen. Den angeschlossenen Gewerkschaften des Luftfahrtspersonals wurde mitgeteilt, dass Seaboard sowohl in Frankreich als auch in Ausland Streikbrecher beschäftigt, um die Wirksamkeit des Streiks zu schwächen. Die Mitgliedsverbände wurden daher ersucht, keine Flugzeuge des Unternehmens abzufertigen und sicherzustellen, dass ihre Mitglieder nicht die Arbeit streikender Mitglieder unseres französischen Mitgliedsverbandes verrichten.

GHANA

Wohnungszulage für Schiffsoffiziere

In der Zeit vom 3. bis 12. November 1976 wurden in verschiedenen ghanesischen Häfen sechs Schiffe der Black Star Line (die im Staatsbesitz stehende Reederei Ghanas) durch einen Offiziersprotest stillgelegt, nachdem sich die Reederei geweigert hatte, der dringenden Forderung der Offiziere auf Zahlung einer Wohnungszulage stattzugeben. Infolge des Streiks änderte die Reederei ihre Haltung und erklärte sich bereit, rückwirkend ab 1. Juli 1976 Wohnungszulagen in folgender Höhe zu zahlen: Kapitäne und Chefsingenieure - 135 Cedis pro Monat; andere vollbefähigte Offiziere - 120 Cedis; Jungoffiziere - 100 Cedis; Offiziersanwärter und Kadetten - 50 Cedis.

GROSSBRITANNIEN

Gewerkschaft erzwingt Anerkennung

Am 21. Januar 1977 trat das im Dienste der Fluggesellschaft IRAN AIR stehende britische Bodenpersonal in den Streik, weil das Unternehmen nicht bereit war, die der ITF angeschlossene Vereinigung des Technischen und Aufsichtspersonals (ASTMS) als rechtmässigen Interessenvertreter anzuerkennen, trotz der Tatsache, dass die ASTMS 75% des britischen Personals der IRAN AIR organisiert. Nachdem eine uns angeschlossene Gewerkschaft sich jedoch als Zeichen ihrer Solidarität weigerte, Flüge der IRAN AIR abzufertigen, erklärte sich das Unternehmen am 10. Februar bereit, mit der ASTMS über einen Kollektivvertrag für das Bodenpersonal zu verhandeln.

Höhere Renten für registrierte Hafendarbeiter

Die britischen Gewerkschaften der Hafendarbeiter -- darunter die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft --

haben ihren Hafendarbeiter-Mitgliedern empfohlen, einer vom Paritätischen Rat für die Hafenwirtschaft ausgearbeiteten revidierten Rentenversicherung zuzustimmen. Obwohl noch nicht alle Einzelheiten der modifizierten Versicherung vorliegen, wird unter der neuen Versicherung bei Erreichen des Rücktrittsalters ausser der wöchentlichen Rente ein Pauschalbetrag zahlbar sein, und alle künftigen Renten werden gegen die Inflation voll abgesichert sein. Die Mindestrente wurde erhöht und stützt sich auf den Durchschnittsverdienst der drei besten aufeinanderfolgenden Beschäftigungsjahre nach Erreichen des 55. Lebensjahres (bisher des 60. Lebensjahres). Das Bezugsalter wurde auf 55 Jahre herabgesetzt, weil Hafendarbeiter nach Erreichen des 60. Lebensjahres oft weniger verdienen, da sie nicht länger in der Lage sind, bestimmte körperlich anstrengende Arbeiten zu verrichten.

Falls die 33.000 registrierten britischen Hafendarbeiter dieser Neuregelung der Renten zustimmen, wird sie binnen 12 Monaten in Kraft gesetzt werden.

REPUBLIK IRLAND

Bummelstreik des Dubliner Autobuspersonals endet

Am 16. Dezember 1976 endete ein drei Wochen langer Bummelstreik des Dubliner Autobuspersonals, nachdem die zuständigen Gewerkschaften -- darunter die der ITF angeschlossene Irish Transport and General Workers' Union -- und die Verkehrsbetriebe von Dublin (CIE) den vom Verkehrsminister gemachten Schlichtungsvorschlag zugestimmt hatten, dass die CIE die Einführung einer neuen Dienstenteilung und neuer Fahrpläne bis zum 10. Januar zurückstellen und jenen Fahrern und Schaffnern, die aufgrund der neuen Dienst- und Fahrpläne einen Einkommensverlust erleiden, eine angemessene Entschädigung zahlen sollte. (Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 12/1976, Seite 118.)

NIEDERLANDE

Streikaktion der niederländischen Arbeiter gegen Abschaffung der Bindung der Löhne an die Lebenshaltungskostenziffer

Am 7. Februar 1977 begann in den Niederlanden eine umfassende Streikaktion der Gewerkschaften in Unterstützung der Forderung, dass die Löhne weiterhin an die Lebenshaltungskostenziffer gebunden sein, die Reallöhne um 2 Prozent erhöht und die Arbeitnehmer an Beschlüssen über die Investitionspolitik von Unternehmen beteiligt werden sollten. Die ernsteste Auswirkung der Streikaktion im Transportsektor war in der Hafendarwirtschaft zu verzeichnen. Sowohl in Amsterdam als auch in Rotterdam leistete die überwiegende Mehrheit der Hafendarbeiter dem Streikaufruf Folge und die Fährverbindungen zwischen Holland und Grossbritannien wurden praktisch stillgelegt. Ferner brachte das Personal öffentlicher Verkehrs-

betriebe in den beiden genannten Häfen sowie in Den Haag Sympathiestreiks zur Durchführung. Auch Arbeitnehmer vieler anderer Beschäftigungszweige -- z.B. Baugewerbe, Maschinenbau, Nahrungsmittel und Druckerei -- beteiligten sich an diesem Generalstreik.

Am 10. Februar konnte eine Einigung über die Beibehaltung der Bindung der Löhne und Gehälter an die Lebenshaltungskosten erzielt werden sowie über die gewerkschaftliche Beeinflussung von Investitionsbeschlüssen. Die Forderung auf eine zusätzliche echte Erhöhung der Löhne blieb jedoch unbefriedigt, da die Arbeitgeber nicht bereit waren, mehr als 1 Prozent anzubieten. Infolgedessen wurde der Streik fortgesetzt.

Am 15. Februar fand in London eine Sitzung des Fair-Practices-Ausschusses der ITF statt. Die an dieser Sitzung teilnehmenden Vertreter angeschlossener Seeleute- und Hafentarbeitergewerkschaften diskutierten den niederländischen Streik und nahmen eine Entschliessung in Unterstützung ihrer niederländischen Kollegen an. Sie versprachen ferner, keine Schiffe abzufertigen, die infolge des Streiks von den Niederlanden nach Häfen anderer Länder umgelenkt werden. Die übrigen Mitgliedsverbände wurden gleichfalls ersucht, die Streikaktion der niederländischen Transportarbeiter nach bestem Vermögen zu unterstützen.

NIGERIA

Lohnerhöhung für Hafentarbeiter

Nachdem die der ITF angeschlossene Amalgamated Dockworkers', Transport and General Workers' Union of Nigeria im Dezember 1976 einen zweitägigen Bummelstreik durchgeführt hatte, erklärten sich die Hafentarbeiter bereit, die Löhne von rund 24.000 Hafentarbeitern rückwirkend ab 1. April 1976 um etwa 20% zu erhöhen.

Diese Lohnerhöhung war eigentlich bereits im November 1976 vereinbart worden, aber die Arbeitgeber weigerten sich, sie einzuführen. Aus diesen Gründe begannen die Hafentarbeiter den genannten Bummelstreik. Weitere Verbesserungen sind: Erhöhung des Ueberstundentarifes für Samstagarbeit von 150% auf 200% des normalen Stundenlohnes und eine entsprechende Anhebung der Ueberstundentarife für Werkstage.

PORTUGAL

Erfolgreicher Streik der Fischer

Am 16. Februar 1977 endete ein landesweiter drei Wochen langer Streik der portugiesischen Küsten- und Hochseefischer. Der unmittelbare Grund für diesen Arbeitskonflikt bestand in der ungerechtfertigten Entlassung der zehn Besatzungsmitglieder des Fischereitrawlers GORAZ. Eine weitere Streitfrage war jedoch die Forderung der Fischer auf eine striktere gewerk-

schäftliche Kontrolle des Zugang zum Beruf, da die Fischer zu den schlechtbezahltesten Arbeitnehmern des Landes zählen. Obwohl die genauen Einzelheiten der am Ende des Streiks getroffenen Vereinbarung noch nicht vorliegen, war es den Fischern möglich darauf zu bestehen, dass mit ihnen über die Anheuerung von Besatzungen weiterhin Rücksprache gehalten wird (die Regierung hatte versucht, diese Rücksprache abzuschaffen).

In Unterstützung der Fischer sowie eigener Forderungen auf Beibehaltung des Rückspracheverfahrens weigerten sich die in der portugiesischen Handelsschifffahrt beschäftigten Seeleute, Überstunden zu arbeiten. Daraufhin erliess die Regierung eine Anordnung zur Wiederaufnahme der Arbeit und drohten den Seeleuten mit Suspendierung ohne Lohnzahlung oder mit Entlassung, falls sie diese Weigerung nicht unverzüglich rückgängig machten. Dank des internationalen Drucks auf die Regierung, wurde diese Drohung jedoch nicht verwirklicht, und die Seeleute werden im Rahmen gemeinsamer Einrichtungen weiterhin die Anheuerung von Seeleuten beeinflussen.

Die ITF entsandte am 16. Februar folgendes Telegramm an den portugiesischen Premierminister, den Arbeitsminister und den Staatssekretär für die Handelsmarine:

IM NAMEN DER SEELEUTE IN ALLER WELT UNTERSTUETZT DIE ITF MIT NACHDRUCK DIE HALTUNG DER FEDERACAO DOS SINDICATOS DO MAR IM GEGENWAERTIGEN KONFLIKT UEBER DAS RUECKSPRACHE- UND ZUSTIMMUNGSRECHT DER ZUSTAENDIGEN GEWERKSCHAFTEN BEI DER ANHEUERUNG VON ARBEITNEHMERN IN DER HANDELSCHIFFFAHRT UND FISCHEREI STOP DIE ITF BEDAUERT FERNER DASS DIE REGIERUNG EINE ANORDNUNG ZUR WIEDERAUFNAHME DER MEHRARBEIT IN DER HANDELSCHIFFFAHRT ERLASSEN HAT UND FORDERT DIE REGIERUNG AUF DIESE ANORDNUNG UNVERZUEGLICH ZURUECKZUZIEHEN UND POSITIVE VERHANDLUNGEN UEBER DIE FORDERUNGEN DER SEELEUTE UND FISCHER WIEDERAUFZUNEHMEN STOP

USA

Kommission bestätigt Anhebung des Status und der Gehälter von Fluglotsen

Die amerikanische Kommission für Regierungsbedienstete (US Civil Service Commission) hat nunmehr eine mit der uns über die MEBA angeschlossenen Vereinigung der Fluglotsen (PATCO) getroffene Vereinbarung über die Anhebung des Status und der Gehälter dieser Arbeitnehmergruppe bestätigt. Der Vorsitzende der PATCO, John Leyden, betrachtet diese 'Neueinstufung der Fluglotsen als einen Durchbruch, der in beachtlichem Masse dazu beitragen wird, den Fluglotsen einen Verdienst zu sichern, der ihrer Verantwortung angemessen Rechnung trägt.'

KURZNACHRICHTEN

Frankreich:- Arbeitnehmer des öffentlichen Sektors -- darunter Eisenbahner, AIR FRANCE-Personal und die Besatzungen der Aermelkanal-Fähren -- haben Ende Januar als Protest gegen den Plan der Regierung, Lohnerhöhung vom Anstieg der Lebenshaltungskosten abhängig zu machen, eine Reihe von Streiks durchgeführt. Am 9. Februar veranstaltete das Pariser Untergrundbahn- und Autobuspersonal einen ähnlichen Proteststreik.

Norwegen:- Das norwegische Parlament hat im Dezember 1976 beschlossen, das aus dem Jahre 1974 stammende internationale Abkommen über die Sicherheit des menschlichen Lebens zur See (Neufassung 1974) zu ratifizieren.

Schweden:- Die schwedische Gewerkschaftsbewegung hat den im Herbst 1975 angeordneten Touristenboykott gegen Spanien nunmehr aufgehoben.

Türkei:- Ein am 4 Februar begonnener Streik des türkischen Luftfahrtspersonals musste eingestellt werden, nachdem die Regierung eine Wiederaufnahme der Arbeit für zumindest 60 Tage angeordnet hatte. Der Streik diente der Unterstützung von Forderungen auf höhere Löhne und Zulagen, sowie auf Wiedereinstellung von Arbeitnehmern, die während der letzten Wochen wegen Ueberzähligkeit entlassen worden waren. Später erklärte ein Berufungsgericht die erwähnte Anordnung der Regierung als verfassungswidrig. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass der Streik wieder aufgenommen werden wird, da nach Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Arbeitgebern befriedigende Fortschritte erzielt werden konnten.

PERSONALIEN

Tom Bavin ist zum Präsidenten der Internationalen Föderation der Plantagen- und Landarbeiter und verwandter Berufsgruppen (IFPLVB) gewählt worden, nachdem er im Dezember vorigen Jahres sein Amt als Generalsekretär dieser Organisation niedergelegt hat. Sein Nachfolger als Generalsekretär ist der frühere Asien-Vertreter des IFPLVB, Kollege Stanley G. Correa.

Toby Hill, Generalsekretär der Neuseeländischen Vereinigung der Schiffsköche und Stewards, ist am 22. Januar dieses Jahres gestorben.

Jim Levia ist zum Nationalen Vizepräsidenten der Canadian Brotherhood of Railway, Transport and General Workers (CBRTGW) gewählt worden.

David Mackenzie hat sein Amt als Generalsekretär der britischen Gewerkschaft der Gehaltsempfänger im Verkehr (TSSA) im Februar dieses Jahres aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Bis zur Wahl eines neuen Generalsekretärs wird der ehemalige TSSA-Präsident Tom Bradley als Generalsekretär amtieren.

Floyd E. Smith, internationaler Präsident der amerikanischen Mechanikergewerkschaft IAM, wird am 30. Juni dieses Jahres in den Ruhestand treten. Sein Nachfolger ist der Kollege William W. Winpisinger, ein Vizepräsident der IAM und Leiter der Personalabteilung in IAM-Hauptbüro. Unter den übrigen wiedergewählten IAM-Vizepräsidenten befinden sich die Kollegen Mike Rygus und John Peterpaul.

ITF-TAGUNGEN

- ITF-VorstandEastbourne, 15. und 16. März
Internationale Konferenz
des Kabinenpersonals.....London, 29. -31. März
Unterausschuss für Verkehrs-
politik.....Wien, 6. und 7. April
Technischer Ausschuss des
Cockpitpersonals.....Zürich, 28. und 29. April
32. ITF-Kongress.....Dublin, 21. - 29. Juli

```
+++++  
| WEITERE INFORMATIONEN |  
| UEBER DIE IN DIESER |  
| NUMMER ENTHALTENEN |  
| MITTEILUNGEN SIND VOM |  
| ITF-SEKRETARIAT AUF |  
| ANFRAGE ERHAELTLICH |  
+++++
```

ZIMBABWE

Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehung nach 'rhodesischen' Muster

Am 28. Oktober vorigen Jahres stellten die Vertreter des im Dienste der Salisbury United Omnibus Company (eine Tochtergesellschaft eines britischen Unternehmens) stehenden schwarzen Autobuspersonals eine Forderung auf Zahlung einer Jahresprämie in Höhe eines Monatsgehaltes -- eine Vergütung, die bereits an alle weissen Arbeitnehmer gezahlt wird und sich in einigen Fällen auf mehrere Hundert rhodesische Dollars (1,00 rhodesischer Dollar = US\$ 0,66) beläuft.

Die Geschäftsleitung lehnte diese Forderung ab und erklärte, dass das schwarze Personal weiterhin die bisherige Weihnachtsprämie erhalten würde, deren Höhe (je nach dem Dienstalter) von Rh\$ 2,00 nach einem Dienstjahr bis zu Rh\$ 12,00 nach neun Dienstjahren variiert. Das Personal erklärte, dass es diese Weihnachtsprämie nicht akzeptieren und sich weigern würde, über Weihnachten Besatzungen für gecharterte Sonderbusse zu stellen.

Als die Dezemberlöhne zusammen mit der Weihnachtsprämie am 22. Dezember ausgezahlt wurden, weigerte sich das schwarze Personal, die Prämie zu akzeptieren und beantragte ein weiteres Gespräch mit der Geschäftsleitung. Auf diesem Gespräch erklärte sich die Geschäftsleitung lediglich bereit, im folgenden Jahr die Frage der geforderten Prämien zu diskutieren. Dies war für das Personal unbefriedigend, und die Personalvertreter gaben zu verstehen, dass das Personal geneigt sei, über Weihnachten Urlaub zu machen.

Daraufhin intervenierte ein für Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen zuständiger Regierungsvertreter, der das Autobuspersonal einfach aufforderte, über Weihnachten zu arbeiten. Falls das Personal dieser Aufforderung nicht Folge leiste, würde es wegen Ergreifung von Streikmassnahmen gerichtlich belangt werden. Um zu beweisen, dass es ihm mit dieser Drohung ernst war, fuhren Lastautos mit Polizei im Busdepot vor und transportierten das Personal zum Gefängnis ab, wo eine beachtliche Anzahl von Personalmitgliedern die Weihnachtstage verbrachte. Später wurde über 1000 Personalmitgliedern eine Geldstrafe in Höhe von 40 rhodesischen Dollars auferlegt, und viele von ihnen wurden einfach entlassen. Ueber eine Zeitspanne hinweg boykottierten afrikanische Einwohner die Autobusse, aber das Unternehmen hat vor kurzem bekannt gegeben, dass der Betrieb nunmehr wieder 'normal' läuft. Man scheint der Ansicht zu sein, dass dem Autobuspersonal durch die konsequente Haltung der Arbeitgeber eine ordentliche Lehre erteilt wurde. Bei der Verurteilung einer Gruppe von 'Angeklagten' erklärte der rhodesische Richter: 'Wenn die Arbeiter mit ihren Bedingungen nicht zufrieden sind, steht es ihnen frei zu kündigen und sich anderswo Arbeit zu suchen.'